III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 116	5. November 1920	כ"ד חשון תרפ"א	Einzelnummer 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Die palästinensische Nationalanleihe.

Wie der New-Yorker Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph" telegraphiert, seien bereits alle Arrangements wegen Auflegung der palästinensischen Regierungsanleihe, im Betrage von 10 Millionen Doll. getroffen. Die Anleihe wird je zur Hälfte in England und Amerika im Januar nächsten Jahres begeben werden. In Amerika glaubt man, dass dort die Verbreitung der Anleihe keinen Schwierigkeiten begegnen wird, obwohl sie bloss mit 7 Prozent verzinst werden wird, während andere ausländische Anleihen 8 bis 9 Prozent bedingen (Zürich kostet sogar seine letzte amerikanische Anleihe gegen 10 Prozent und ebenso viel wird von Bern verlangt. „J.P.Z.") Die Anleihe ist binnen 30 oder 35 Jahren rückzahlbar. Der Ertrag wird für Bahn- und Wegebauten, wie auch für Regierungsbauten und die Entwicklung von Telegraph und Telephon Verwendung finden.

Brandeis' Memorandum.

Das den Resolutionen der amerikanischen zion. Exekutive zu Grunde liegende Memorandum Brandeis', wurde merkwürdiger Weise selbst vom offiziellen Organ der amerikanischen Zionisten, „Dos Yiddische Folk", erst am 15. Oktober veröffentlicht, nachdem es bereits in zahlreichen Zeitungen anderer Länder erschienen war. Da dies Memorandum nach den auf der Sitzung der Exekutive gefassten Resolutionen auch Grundlage der Beratungen der vom 25. bis 28. Nov. in Buffalo tagenden amerik. zion. Jahreskonferenz sein wird, ist es wohl unnötig, auf die besondere Bedeutung desselben für den gesamten Weltzionismus besonders aufmerksam zu machen. Je nach ihrer inneren Parteischattierung nehmen jetzt schon die zion. Zeitungen verschieden dazu Stellung. So meint der oppositionelle „Jewish Chronicle" in einem „Sezession" betitelten Leitartikel, dass dies Memorandum die Spaltung der zion. Partei bedeutet. Die deutsche „Jüd. Rundschau" bezweifelt in einem „Falscher Alarm" überschriebenen Artikel diesen Alarmruf des „Jewish Chronicle" und meint: „Uns tut ruhig Blut vor allem not". Charakteristisch ist, dass das „Yiddische Folk" darauf hinweist, dass das Memorandum von Brandeis während seiner Ueberfahrt, also noch ganz frisch unter den Eindrücken der Londoner Konferenz verfasst worden ist. Inzwischen solle sich auch Brandeis' Standpunkt mehr dem der zion. Führer in London genähert haben. Die gefassten Resolutionen sprächen dafür, dass die Einheit der Partei aufrecht erhalten bleiben wird. Aber auch die Stellung Weizmanns zu diesem Memorandum ist nicht ganz klar. Einerseits ist die nach Palästina abgegangene zion. Kommission ausschliesslich aus sogenannten Vertrauensleuten Brandeis', wie Simon, De Lieme, Szold, zusammengesetzt; anderseits geht Weizmann demnächst nach Amerika, um wie es heisst die amerikanischen Zionisten zu seinem Standpunkte, der nicht der des Brandeis ist, zu bekehren. Zweifellos ist dieses von hoher Sachlichkeit getragen und bietet eine Unmasse von Anregungen für die praktische Arbeit, weshalb wir es im Auszuge wiedergeben.

Als nächstes Ziel betrachtet Brandeis, Palästina in verhältnismässig kurzer Zeit mit einer überwiegenden jüd. Einwohnerschaft zu bevölkern, die aus wirtschaftlich hinreichend kräftigen Elementen besteht, sich mit der Zeit zu einer einheitlichen Volksgemeinschaft verschmilzt, um schliesslich ein unter Selbstverwaltung stehendes Gemeinwesen (commonwealth) zu werden. Die Aufbringung der Gelder, der sogenannten „Kriegsausgaben", deren absolute Notwendigkeit nicht gestattet auf Rentabilität zu sehen, kann nicht völlig oder nur in erheblichem Masse privater Unternehmung überlassen werden. Kein Kapitalist würde ein Risiko eingehen, ohne Aussicht auf entsprechenden Gewinn. Die Juden im Galuth müssten also selbst die nötigen Fonds aufbringen und verwalten. Die aufzubringenden Summen würden am besten in Form von Kapitalsanlagen gezahlt werden, wie bei dem „I. C. T." oder der „Zionist Commonwealth" und dürften nicht die Form von zinstragenden Darlehen annehmen, da Zinsen auf lange Zeit hinaus nicht herausgewirtschaftet werden können. Die einzige zu übernehmende Verpflichtung wäre, dass das Geld in vernünftiger und wirksamer Weise ausgegeben wird. Abgesehen von den Aufgaben des Landkaufes, der Aufforstung und der Befriedigung unerlässlicher öffentlicher Erfordernisse obliegt den Juden im Galuth die Aufbringung solcher Fonds, die als reguläre Kapitalsanlage behandelt sein wollen. Bei der Kreditbeschaffung für landwirtschaftliche, industrielle und kommerzielle Unternehmungen werden öffentliche Institutionen in der Ergänzung der privaten gute Dienste leisten und die notwendige Zinsenlast erleichtern. Einbegriffen in den Kreis der Krediterteiler sind die Konsum- und Produktiv-Genossenschaften. Diese von der „A. P. C." und dem „I. C. T." ursprünglich übernommenen Aufgaben können von diesen nicht mehr erfüllt werden, da ein erheblicher Teil ihrer Gelder in Darlehen an die Zion. Organisation oder die „Zionist Commission" oder aber in Grundbesitz und Hypotheken angelegt sind. Man müsste also das arbeitende Kapital des „I. C. T." und der „A. P. C." so verstärken, und zwar teils durch Kapitalserhöhung, teils durch Abzahlung der Darlehen und Verwertung des Grundbesitzes und der Hypotheken, dass sie in der Lage wären, kurzfristigen Kredit für Handel und Industrie zu gewähren. Dringend notwendig ist die Aufnahme einer regen Bautätigkeit. Auch diese Kosten sind zum Teil als Kriegsausgaben vom Diaspora Judentum zu tragen. Dieses müsste auch mit Beiträgen sowohl als Kapitalsanlage wie zur Deckung der laufenden Ausgaben für Forschungsinstitute aushelfen, da Palästina noch zu arm ist, um die Ausgaben, die die Erforschung eines jeden neuen Landes mit sich bringt, die normaler Weise vom Gemeinwesen selbst getragen zu werden pflegen, aus eigenem decken zu können. Bis zu einem gewissen Grade mag auch Geld

für die Erziehung einzelner Personen auf gleiche Weise beschafft werden, doch müssten in dieser Hinsicht ganz enge Grenzen streng gezogen werden. Die angestrebte Entwicklung ist unmöglich, ohne eine im wesentlichen sich selbst erhaltende Bevölkerung. Die Notwendigkeit schneller Besiedelung im Verein mit den Bedingungen des Landes erlauben uns nicht, die Siedler sich selbst zu überlassen und sind wir gezwungen, selbst jene neuen Bedingungen zu schaffen, unter denen Selbsterhaltung allein möglich ist. Wir dürfen jedoch darin keinen Schritt weiter gehen als notwendig ist, da wir sonst die Siedler demoralisieren, jede Entwicklung hemmen und ein Bevölkerung von Unerwünschten schaffen würden. Wir dürfen also nur sorgen für Land, Wasser, Gesundheit, Aufforstung, Krediterleichterung, gewisse Wohngelegenheit, Institutionen für nötige Forschung und für einen begrenzten Betrag für Erziehung. Nur dann können wir unser Ziel, eine möglichst sich selbst erhaltende Bevölkerung zu schaffen, erreichen, wenn wir den Siedlern beibringen, die gleichen Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, wie sie kühne Pioniere auch in anderen Ländern zu tragen haben. Die Parole muss sein: „Man kann nicht leicht in Palästina Geld verdienen" und „Es ist kein leichtes Leben dort für irgendwen". Das Beispiel einfacher Lebensführung, hoher Denkungsart und harter Arbeit müssten die zion. Beamten geben. Es ist klar, dass die Zion. Organisation als solche weder direkt noch indirekt irgend welche Hilfe gewähren sollte, um eine Einwanderung nach Palästina zu veranlassen, was allerdings nicht bedeutet, dass sie nicht denjenigen eine zeitweilige Hilfe leisten soll, die augenblicklich ins Land kommen, jedoch nicht eher, als es unbedingt nötig ist. Im Augenblick wäre es besser, diese Hilfstätigkeit dem „Joint" zu überlassen und sich solchen Arbeiten zuzuwenden, die sofort als aufbauende Massnahmen gewertet werden können. Es ist politisch und wirtschaftlich wichtig, dass Palästina weitgehend „Selbstversorger" wird. Für den Erfolg unseres ganzen Werkes ist es unerlässlich, dass wir die vom Oberkommissär aufzulegende Palästina-National-Anleihe mit aller Energie unterstützen und muss das amerikanische Judentum seinen Teil übernehmen.

Danach müsste die Zion. Organisation Fonds für folgende Zwecke schaffen: a) Wirkliche Kapitalsanlagen: Pal. Regierungsanleihe, „J. C. T.", „A. P. C." und Landesbank. b) Quasi Kapitalsanlagen: Zion. Gemeinwesen, Aktien für Wasser-, Elektrizitäts- und Beleuchtungszwecke, Irrigation und Drainage, Bauprojekte, verschiedene landwirtschaftliche Unternehmungen. c) Spendenfonds: Aerztliche Hilfe, Forschungsinstitute, Aufforstung, Universität, Bibliotheken, Museen, Landkauf, laufende Erziehungsausgaben, jedoch in engen Grenzen, sodass ein erheblicher Teil von den Palästinensern selbst aufzubringen ist. Diese Fonds müssen zweckmässig verwendet, und soweit nötig, deren Verwaltung durch von uns kontrollierte Gesellschaften, Institutionen oder Beamte durchgeführt werden. Es ist jedoch zu hoffen, dass in der Verwaltung unserer Weltorganisation bald eine durchgreifende Verbesserung stattfindet, sodass im allgemeinen solche Sonderaktionen nicht notwendig sein werden. Wer für erwähnte Zwecke Mittel hergibt, muss die Sicherheit haben, dass die Gelder, Kapitalsanlagen wie Spenden, auch wirklich bestimmungsgemäss verwendet werden. Deshalb muss gefordert werden, dass die Verwaltungskosten der Zion. Organisation in all ihren Teilen durch die Schekolim gedeckt werden. Die Verwaltungskosten der Landes- und Lokalorganisationen müssen durch Landesbeiträge oder durch besondere Spenden zu Gunsten der Verwaltung und Propaganda gedeckt werden. Von den als Kapitalsanlage oder Spenden einfliessenden Geldern darf nichts für die Unkosten verwendet werden, welche durch die Aufbringung der Gelder entstehen, es sei denn, dass der hierfür bestimmte Prozentsatz rechtzeitig und ausdrücklich in den Prospekten der betreffenden Sammlung angegeben ist. Auch muss häufig und in weitestem Masse Rechnung gelegt werden. Die Organe, durch welche diese Sonderaufgaben direkt oder indirekt seitens der Zion. Organisation zu unternehmen sind, werden verschieden sein, je nach dem Charakter der betreffenden Aufgabe. Als oberste Instanz sollte ein massgebender „Board of Trustees" gegründet werden, der, soweit es sich beispielsweise um die Hadassa handelt, der amerikan. Zion. Org. und dem „Joint" verantwortlich wäre. Ohne näher auf die Form der Reorganisation einzugehen ist zu betonen, dass die Beschlüsse für die Reorganisation der Zion. Organisation Amerikas das Ergebnis der Beratung kleiner Arbeitskomitees sein müssten, die alle Vorschläge zu prüfen und der Exekutive einen reichlich durchdachten Plan vorzulegen haben werden. Die Neuorganisation muss uns unter allen Umständen befähigen, die Zionisten direkt an die drängende Frage des praktischen Wiederaufbaues heranzubringen. Sie muss uns dazu führen, dass wir die Phrase vom Scheidewege wahr machen und uns nicht mehr als Propagandabewegung empfinden, — nur die werbende Kraft gilt noch, die aus Unternehmungen und praktischer Arbeit stammt. Auch dürfen wir nie aus dem Auge verlieren, dass unsere Pläne stets die Möglichkeit der Zusammenarbeit aller Juden bieten müssen, auch jener, die zwar nicht die Zion. Organisation aufzubauen haben, aber mit ihr Anteil nehmen wollen am Wiederaufbau Palästinas.

Eric Drummond und die Juden.

Sir Eric Drummond, Generaldirektor des Sekretariats des Völkerbundes, hat bald nach seiner Ankunft in Genf, in Begleitung der Generalsekretäre Herbert Ames, Bernado Attolico, William Rappart und Eric Colban einen offiziellen Besuch dem Grand Rabbin von Genf, E. Ginsburger, abgestattet. Dieser begrüsste die Gäste namens der Juden seiner Gemeinde und hiess sie als Vertreter des Völkerbundes herzlich willkommen. Er sei freudig bewegt, da die Anwesenheit des Sekretariates des Völkerbundes die künftige Verwirklichung seiner persönlichen Hoffnungen und der Hoffnungen der polnischen, russischen und rumänischen Juden auf Gerechtigkeit für die Verfolgten, Anerkennung der Minoritätsrechte für die einen und Erlangung der zivilen und politischen Rechte für die anderen bedeute.

Sir Drummond sprach seinen Dank aus und gab der Versicherung seines Wohlwollens für die Juden Ausdruck. Er erinnerte an die Taten Englands in Palästina und das Wirken Samuels. Er und seine Mitarbeiter werden sich zur Verteidigung der Juden vereinigen und hege er feste Zuversicht, dass der Völkerbund seine Pflicht gegen die Juden erfüllen werde. Er hoffe, dass die gesamte Judenheit bald überall sich aller Menschen- und Bürgerrechte erfreuen wird. Von nun an werden sie nicht mehr vergeblich an die Gerechtigkeit der Menschheit appellieren.

Zirkularschreiben der Exekutive der jüdischen Welthilfskonferenz.

Das Exekutiv-Komitee der jüd. Welthilfskonferenz richtete an die jüd. Hilfsorganisation folgenden Zirkularbrief:

Die jüd. Welthilfskonferenz in Karlsbad hat im Bewusstsein der grossen Aufgaben, die dem jüd. Hilfswerke jetzt bevorstehen, dem von ihr gewählten Zentralrat die Verpflichtung auferlegt, nach jeder Richtung hin alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Arbeit der jüd. Hilfsorganisationen zugunsten der Millionen von Juden, welche in Osteuropa leiden, zu vereinigen und zu koordinieren. Es handelt sich darum, in das gesamte Hilfswerk Einheitlichkeit und System zu bringen, während heute noch infolge der Abgetrenntheit und Spaltung zwischen den verschiedenen Or-

ganisationen auf dem Gebiete der Hilfstätigkeit für die vom Kriege und den Pogromen betroffenen Juden im gewissen Sinne ein chaotischer Zustand herrscht. Die Konferenz hat die jüd. Hilfsarbeit als eine **allgemeine** Angelegenheit des **ganzen** Volkes betrachtet, die durch die vereinigten Kräfte des ganzen Volkes zu leisten ist, und hat es für dringend erachtet, dass die Mauer verschwinden soll, die heute noch den Teil des Volkes, der fähig ist, Hilfe zu bringen, von dem Teile, der die Hilfe braucht, trennt.

Um aber eine Einheitlichkeit zu erreichen und die ganze Hilfsarbeit auf planmässige Grundlagen zu stellen, ist es vor allem notwendig, dass die verschiedensten Hilfsorganisationen in ständiger und lebendiger Verbindung mit dem von der Karlsbader-Konferenz gewählten Zentralhilfsorgan und durch seine Vermittlung auch untereinander sich befinden sollen. Die Hilfszentrale soll sich zu diesem Zentralsammelpunkt entwickeln, wohin alle Informationen und Nachrichten über die Hilfsarbeit geleitet werden, damit auf diese Weise ein Spezialorgan für die Verwertung des ganzen Materials enstehen soll, durch dessen Vermittlung die Erfahrungen und Arbeitsmethoden der einzelnen Organisationen auch den anderen zu Gute kommen werden. Deswegen bitten wir Sie, uns sobald als möglich alle Materialien zuzuschicken, sowohl veröffentlichte als auch unveröffentlichte, die sich auf vergangene Tätigkeit Ihrer Organisation seit ihrer Entstehung bis zum heutigen Tage beziehen (Aufrufe, Plakate, Rechenschaftsberichte, Photographien, Broschüren, usw.), sowie genaue Mitteilungen über den gegenwärtigen Zustand der Hilfstätigkeit in ihrem Orte im allgemeinen unter besonderer Berücksichtigung ihrer Organisation. Wir hoffen zuversichtlich, dass Sie unserer Aufforderung nachkommen werden.

Die Exekutive der jüd. Welthilfsorganisation tritt an ihre Arbeit in einer für das ganze jüd. Volk schweren und finsteren Zeit heran. Zu den alten Leiden und Verfolgungen sind in der allerletzten Zeit neue hinzugekommen: die Zerstörung des wirtschaftlichen Lebens des jüd. Volkes in Polen, die durch den polnisch-russischen Krieg hervorgerufen wurde, und die Folgen, die sie für die jüd. Massen in den betreffenden Gegenden gehabt hat, die neue Reihe von Pogromen in Ostgalizien usw. Wie noch niemals zuvor, ist jetzt eine vereinigte Anstrengung aller lebendigen jüd. Kräfte notwendig, um das jüd. Volk wenigstens vor dem physischen Untergange und dem geistigen Niedergang zu retten. Die Exekutive ist sich dessen bewusst, welche grosse Verpflichtungen die Zeit und die Umstände ihr auferlegen, sie ist aber davon überzeugt, dass alle jüd. Hilfsorganisationen ihr helfen werden, ihre wichtigen Aufgaben zum Wohl des jüd. Volkes durchzuführen. Das Exekutiv-Komitee bittet die jüd. Hilfsorganisationen die bisher mit ihm noch nicht in Verkehr getreten sind, ihm ihre Adressen mitteilen zu wollen.

Man bittet die Korrespondenz an: Comité Exécutif de la Conférence Universelle Juive de secours, Paris, 10 Place Edouard VII richten zu wollen.

(gez. Motzkin (Vors.) und Dr. Salkind (Generalsekretär.)

Chronik.

Russland.

— Wie aus Konstantinopel berichtet wird, gelangten tausende jüd. Flüchtlinge nach Baku, Batum, Tiflis, Wladikawkas, die sich bemühen, via China und Japan nach Amerika auszuwandern. Andere, die landwirtschaftliche Vorbildung besitzen, möchten nach Palästina emigrieren. Die Lage der Flüchtlinge ist trostlos, da die lokalen jüd. Gemeinden nicht imstande sind, ihnen die nötige Hilfe zu gewähren. Ihre einzige Hoffnung ist die vom „Joint“ erwartete Hilfe.

— Aus Konstantinopel wird der Tod des bekannten Advokaten **Blumenfeld** in Odessa gemeldet, der der erste von Kerensky bestimmte jüd. Senator gewesen ist. Blumenfeld starb an Hungerödem.

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

— Die provisorische Regierungskommission in Wilna beschloss, eine Untersuchungskommission, der Vertreter der Militärmacht, des Gerichtswesens und der jüd. Gemeinde angehören, mit der Untersuchung der von den Vertretern der jüd. Gemeinde vorgebrachten Mord- und Raubüberfälle zu beauftragen. Die Kommission, der von jüd. Seite Rabbiner Rubinstein und Adv. Gordon angehören, hat sich am 14. Oktober konstituiert.

Polen.

— Jetzt, nach all den zahlreichen Judenpogromen, erliess endlich General Balachowicz einen Armeebefehl gegen die Judenexzesse, worin die Exzesse in Pinsk zugegeben werden. Der General kündigt an, dass er mit äusserster Strenge die Aufhetzer zu Pogromen bestrafen werde. Ausserdem hat Balachowicz gestattet, dass Leutnant Zeitlin eine besondere jüd. Abteilung formiere.

— Das Kriegsministerium erklärt, dass entgegen den allgemein verbreiteten Gerüchten, die von Kriegsminister Lesniewski erlassenen Bestimmungen betreffs Bestrafung für antijüdische Exzesse strenge eingehalten würden. Die Namen von 14 deswegen zum Tode verurteilten Personen wurden jetzt veröffentlicht.

— Abg. **Farbstein** und Genossen interpellierten wegen der systematischen Requirierung der Synagogen. Die Requirierungen geschehen nicht nur in der Frontnähe, sondern häufen sich in letzter Zeit selbst in Warschau.

— Im Lokal der Poale-Zion in Warschau fand eine Hausdurchsuchung statt, wobei 30 Personen verhaftet wurden.

— Die Lehrer der jüd. Volksschulen Warschaus haben die Forderung auf 100prozentige Gehaltserhöhung erhoben, wonach ihr Monatsgehalt für den 5stündigen Arbeitstag 6000 Mark betragen würde. Nach langen Unterhandlungen wurden diese Forderungen durch das Kuratorium der jiddischen Volksschulen akzeptiert, während das die hebräischen Volksschulen verwaltende zion. Kuratorium die Lehrer abschlägig beschied, woraufhin über 70 Lehrer der 8 zion. Volksschulen in den Streik traten. 2000 Kinder sind infolgedessen ohne Aufsicht und Unterricht.

— Die bei der Galizischen Zion. Organisation in Lemberg bestehende technische Kommission hat die Einberufung eines allweltlichen Kongresses der jüd. Ingenieure für den Frühling 1921 nach Haifa beantragt, zu dem nicht nur Vertreter der zion. Leitung und Fachleute, sondern auch Financiers, Industrielle und Kaufleute eingeladen werden, die aus Interesse an der Industrialisierung des Landes eventl. geneigt wären, Genossenschaften zu organisieren und Fabriksunternehmungen zu gründen. Der Kongress werde dann eine stabile Weltorganisation der Techniker, Financiers, Industriellen und Kaufleute gründen, für die Erschliessung Palästinas. Das von der Kommission ausgearbeitete Memorandum, das 13 verschiedene Gruppen technischer Probleme umfasst, zu denen sich der Kongress aussprechen sollte, wurde sowohl nach London, als an alle zion. Ingenieurvereinigungen eingesandt.

Rumänien.

— Sämtliche jüd. Kooperativen Bessarabiens sollen demnächst zu einer Konferenz zusammentreten, um über die wirtschaftliche Umschichtung der bessarabischen Juden nach einheitlichen Grundsätzen und mit Hilfe einer zentralen Organisation zu beraten.

— Die zion. Föderation entsandte einen Vertreter nach Galatz, um dort ein Emigrationsbüro und ein Heim für die Palästinaemigranten zu schaffen.

Tschecho-slovakischer Staat.

— R. - In Turocz St. Marton sind vor kurzem mehrere Juden ausgewiesen worden, obwohl sie in der Slovakei heimatberechtigt und somit tschecho-slovakische Staatsbürger sind. Das „Prager Tagblatt“ berichtet von einem besonders krassen Fall, wo einem jüd. Kommis amtlich auf den Reisepass geschrieben wurde: „Tschecho-slovakischer Staatsbürger, nach Turocz St. Marton zuständig, von dort amtlich ausgewiesen.“ Der tschecho-slovakische Konsul in Paris hat den Pass eingezogen und einen neuen ohne die

Ausweisungsklausel ausgestellt, offenbar um den Eindruck zu verhüten, dass die Tschecho-Slovakei ihre eigenen Staatsbürger ausweist.

Jugoslavien.

Belgrad, 3. Nov. (Jug. P.-B.) Ein vom Regenten unterfertigter Ukas sieht die prinzipielle Regelung der Judenfrage in Serbien und Montenegro vor.

— Aus Prag wird gemeldet, dass in Sarajewo eine grosse jüd. Protestversammlung stattgefunden hat, gegen die Wahlrechts-Beschränkung der Juden anlässlich der bevorstehenden Wahlen in die Nationalversammlung.

Ungarn.

— F. - Die Versuche der magyarischen Gewalthaber, vor den Augen der Welt Potemkinsche Dörfer aufzubauen und ihr mittels einer reich bezahlten Presspropaganda weiszumachen, dass im Horthyland „Ruhe und Ordnung" herrsche, werden durch stets neue Enthüllungen gestört. Eine der grössten Sensationen bildet der Fall des reichen jüd. Weinhändlers Landau. Da dieser Fall grössere politische Folgen nach sich ziehen dürfte (s. „J.P.Z." No. 115), mag hier nochmals auf ihn kurz eingegangen werden. Landau, ein Mann von über 70 Jahren, hatte in Kecskemet ein Weinlieferungsgeschäft abgeschlossen und musste später gegen den Kontrahenten die Anzeige wegen Erpressung erstatten. Darauf schloss dieser ein Bündnis mit den Gendarmerie-Offizieren seines Wohnortes und und zwei sogenannten politischen Rechercheuren des berüchtigten Pronay-Detachements mit der deutlichen Absicht, Landau um sein Vermögen zu bringen. Dieser wurde samt seinem Sohne in Budapest von einem der militärischen Rechercheure unter dem Verdacht der Spionage verhaftet, längere Zeit gefangen gehalten und auf barbarische Weise misshandelt. Den Komplizen gelang es, den in Haft befindlichen Gegner Landaus zu befreien, worauf sie von dem ständigen Martern ausgesetzten Landau eine Unterschrift erpressten, die ihn zur Zahlung einer Summe von mehreren Millionen verpflichtete. Dieser erpresste Ausgleich trägt die Unterschriften von mehreren Offizieren. Als diese nicht rasch genug zu dem Gelde kommen konnten, wurden die Gefangenen in das Budapester Landesverteidigungsministerium gebracht, wo Landau in einem unterirdischen Raume den grössten Torturen ausgesetzt wurde, bis er endlich am 2. Okt. starb. Ein Communiqué der Regierung bezeichnete Selbstmord als Todesursache. Die Angelegenheit wurde in einer Interpellation des Budapester Parlaments behandelt und der Ministerpräsident musste zugeben, dass es sich um ein Verbrechen handle. Die Untersuchung ist im Zuge. Die Tatsache jedoch, dass Gendarmerie, nationale Armee und das Gericht Mördern und Erpressern zur Verfügung stehen, wo es sich um Juden handelt, beweist, dass die Juden in Horthyungarn vollkommen ausserhalb des Gesetzes gestellt sind.

Inzwischen sind in den letzten Tagen wiederum 3 Budapester jüd. Kaufleute, die in der Gegend des Plattensees reisten, um dort Wein zu kaufen, spurlos verschwunden.

— Der numerus clausus an den Budapester Hochschulen wird in einer Weise gehandhabt, die nur ganz wenigen jüd. Studenten den Zutritt zu den akademischen Studien ermöglicht. Nichtsdestoweniger sind bei den Inskriptionen Exzesse der antisemitischen Studenten gegen die jüd. Hörer vorgekommen, die in arge Skandale ausarteten. Das für Ungarn Kennzeichnende ist, dass der antisemitische Kultusminister, Haller, in einer Interpellationsbeantwortung die Exzedenten zu verteidigen suchte und die lächerliche Behauptung wagte, die jüd. Studenten hätten provoziert.

Sarospatak, im Okt. Ein aus 75 Mann bestehender Truppenteil der berüchtigten Sonderabteilung Hejjas ist am vergangenen Freitag in unsere Stadt eingezogen. Die Soldaten stellten ein Verzeichnis aller in der Stadt ansässigen Juden auf und in der folgenden Nacht wurden die Wohnungen und Läden sämtlicher Juden erbrochen und ausgeplündert. Seither ist die Stadt allabendlich in der grössten Aufregung, da die Soldaten ihre Raubzüge Nacht für Nacht wiederholen und die Bürger (zum grössten Teil Juden), deren Wohnungen sie plündern, entsetzlichen Folterungen unterwerfen.

(„Neue Zürcher Zeitung".)

Deutschland.

— In Berlin fand eine Sitzung des Zentralkomitees des Misrachi statt, auf der beschlossen wurde, dem Zentralbüro vorzuschlagen: Die Schaffung eines Generalsekretariates zur Leitung der Organisationsarbeit in Deutschland, Gewinnung einer geeigneten Persönlichkeit im Osten, die die Kulturarbeit in den ostjüdischen Kreisen zu übernehmen hätte, Hilfe für die Misrachiorganisationen in Osteuropa und Förderung der im Entstehen begriffenen Misrachiorganisation in der Tschecho-Slovakei. In der Annahme, dass die Erfüllung dieser wichtigen Aufgaben durch die Uebersiedelung der Misrachizentrale nach Erez Israel bedeutend erschwert wird, schlägt das Zentralkomitee der Zentrale in London vor, die Führung in dieser Arbeit dem Zentralbüro in Berlin zu übertragen.

-R- Sonntag den 24. Oktober begannen in Hannover die Verhandlungen des deutschnationalen Volksparteitages Der Parteitag war eine Apotheose des militaristisch-monarchistischen Alldeutschtums, und förmlich durchtränkt von antisemitischer Demagogie und wüstem Judenhass. Die Judenfrage selbst bildete keinen besondern Punkt der Tagesordnung; doch wurde bei allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen das Judentum in die Debatte gezerrt und gröblich beschimpft. Dies ging so weit, dass in der Kulturfrage schliesslich der Kampf gegen das Alte Testament proklamiert und jeder Versuch vernünftigen Einspruches von christlicher Seite, niedergebrüllt wurde.

Ueber diese Beratung schreibt der Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung" u. a. Der erste Redner des zweiten Tages sprach über „Volkstum und deutsche Zukunft", präziser gesagt gegen die Juden. Fast keiner, der ihm folgte, unterliess es, ins selbe Horn zu stossen, womit vermutlich die von jenem Referenten, dem Landtagsabgeordneten Ritter, geforderte „Verbindung zwischen Kultur und Politik" hergestellt und die „Ideologie des Deutschtums" hervorgekehrt werden sollte. Manche Aeusserungen klangen wie Aufforderungen zum Pogrom. Bezeichnender noch als diese Ausbrüche einzelner war der einmütige fanatische Beifall, den der Parteitag spendete . . . . . Es bleibt ein Jammer und einen Freund Deutschlands musste dieser Parteitag traurig stimmen.

Berlin -R.- Nach einer Erklärung des Postministers sind Postsendungen, die mit Zetteln antisemitischen Inhalts beklebt sind, von der Beförderung ausgeschlossen. Dagegen sei gegen die Anbringung von Hakenkreuzen auf Postsendungen nicht einzuschreiten möglich. Die Verordnung, auf die sich diese Entscheidung gründet, lautet: „Von der Postbeförderung ausgeschlossen sind Sendungen, deren Aussenseiten oder sichtbarer Inhalt gegen die Gesetze oder das öffentliche Wohl, oder die Sittlichkeit verstossen",

England.

Die Grenzen Palästinas.

Ueber die noch immer ungelöste und jetzt ganz besonders aktuelle Frage der Grenzen Palästinas, veröffentlicht die „Times" einen wichtigen Leitartikel, in dem es u. a. heisst: Als Mandatarmacht über Palästina sind wir verpflichtet, unser Bestes für die zu tun, die unter unseren Schutz gestellt werden. Wir fürchten, dass die von Frankreich gewollte Begrenzung Palästinas, Palästina hindern wird, das zu werden, was es unserem Verlangen nach sein sollte: ein moderner Staat, der dereinst ein selbstständiges ökonomisches und politisches Dasein soll führen können. Die „Times" weist sodann nach, dass es sich keineswegs um die Frage von etwas mehr oder weniger

Territorium handelt, sondern um den Zugang zu den Wasserquellen, die für die Entwicklung des Landes unerlässlich sind. Zur Zeit des Sykes-Picot Abkommens, auf das Frankreich sich beruft, habe noch keineswegs die Absicht bestanden, in Palästina ein nationales Heim für die Juden zu schaffen. Palästina ist jetzt kein britisches Protektorat im gewöhnlichen Sinne des Wortes, und ist die Schaffung eines jüd. Heims kein britisches, sondern ein internationales Experiment und genau so ein Teil der französischen Politik, wie der englischen. Es gibt verschiedene Meinungen darüber, wie das Ideal zu erreichen, Palästina in ein Heim der wiederauferstandenen jüd. Nation zu machen, aber es ist kein Zweifel, dass dieses Ideal nobel ist und, falls erforderlich, tiefe Wirkung zum Guten auf die Welt haben wird. Gerade Frankreich sollte für dieses Ideal viele Sympathien empfinden. Die Grenzstreitigkeiten sind an und für sich von keiner Bedeutung, aber von ihrer Lösung hängt es ab, ob das jüd. Palästina nur historische Kurosität oder ein wirklicher Staat, mit tatsächlicher Macht zum Wohle des Orients sein wird.

— Auf eine Interpellation des Abg. Ormsby Gore, schilderte der Vertreter des Aussenministers, Harmsworth, die in Palästina erreichten Fortschritte, konform dem von Samuel vor dem Advisory Council erstatteten Berichte. (S. „J.P.Z." Nr. 115.) Des weiteren führte Harmsworth aus: Es wurden die ersten Schritte unternommen zur Durchführung der Balfour-Deklaration, wie beispielsweise die Gestattung der Immigration von Juden im Einklang mit den Einwanderungsverordnungen. Ueber die Zahl der Immigranten, für die die Zion. Org. die Verantwortung übernommen hat, sie mit Wohngelegenheiten zu versehen und sie im Falle der Arbeitslosigkeit auszuhalten, wurde ein Einverständnis mit dieser erzielt. Hunderte Immigranten kommen monatlich ins Land und werden beschäftigt beim Wegebau, Urbarmachung des Landes und auch in den bereits bestehenden jüd. Kolonien. Auch die hebräische Sprache ist offiziell gleich der arabischen und englischen, überall, wo eine zahlreiche jüd. Bevölkerung vorhanden ist und in allen zentralen Regierungsdepartements anerkannt worden. Auf die Frage, ob man eine Regierungsanleihe plant für Bahnbau und andere öffentliche Arbeiten, lautet die Antwort: Ja.

— Im Parlament wurde erklärt, dass die Truppenmacht in Palästina aus 6500 englischen und 18,000 indischen Soldaten bestehe, deren Unterhalt sich auf 610,000 Pfund pro Monat stelle.

— Die Konstituierung des Hauptbüros des Keren Hajessod ist soeben in London erfolgt. Die Legalisierung des Keren Hajessod soll sofort in die Wege geleitet werden. Bis zum nächsten Kongress ist ein Direktorium, bestehend aus Feiwel, Jabotinsky, Naiditsch und Slatopolsky eingesetzt worden. Die Zion. Exekutive ist durch einen Gouverneur — Julius Simon — im Direktorium vertreten. Sekretär ist Leo Herrmann. Das Hauptbüro für Organisation und Propaganda befindet sich: London W. C. 1, Gr. Russell Str. 75, Telegramm-Adr. „Kerjessod London". Für Zentraleuropa ist in Berlin eine besondere Abteilung unter Leitung von Julius Berger, Kurt Blumenfeld und Dr. Hantke als Vorsitzendem bestimmt.

— Am 17. Okt. fanden in London zwei gut besuchte Versammlungen der Agudas Jisroel statt. Als erster Redner betonte Dr. Benzion Fessler u. a., dass der Aufbau Palästinas nur dann gelingen werde, wenn sich alle jüd. Parteien ausnahmslos an ihm beteiligen. Es müsse also ein unabhängiges Palästinakomitee geschaffen werden, in dem alle Parteien vertreten sind. An der darauf erfolgten Diskussion mit den Misrachisten beteiligten sich Botschko aus Basel, M. Jung und Abraham Levy. In der zweiten grossen Versammlung berichtete Botschko (Basel) als Hauptredner über den Ruin der osteuropäischen Judenheit und verherrlichte in begeisterten Worten die Ideale der Aguda. Ferner sprachen noch Rabb. Dr. Jung, Dr. Fessler und Rabb. Färber.

— Es verlautet, dass Naiditsch und Slatopolsky, Weizmann auf seiner Reise nach Amerika begleiten werden, um dort für den Keren Hajessod zu wirken.

Amerika.

— Auf einer Sitzung der Exekutive des „Joint" in New-York erklärte Felix Warburg, dass als Resultat seiner Informationsreise nach Europa die Hilfsarbeit umgestaltet und sich von nun ab konzentrieren wird auf rekonstruktive Hilfe, Versorgung von Kindern und Waisen und Verbesserung der sanitären Zustände. An Stelle des zurückkehrenden hochverdienten Direktors, Dr. Goldman, werde kein Direktor für Europa bestimmt werden, sondern ein, aus 3 Personen bestehender Exekutivrat, dem angehören werden: Dr. Bogen, der die momentane Hilfsarbeit leitet und zu trachten hat, dass sie in eine Form von konstruktiver Hilfe überführt werde; die momentane Hilfe soll nur dort gewährt werden, wo sie unbedingt nötig ist und von Monat zu Monat eingeschränkt werden und an ihrer Stelle Hilfe, die geeignet ist das ökonomische jüdische Leben auf eigenes und sicheres Fundament zu stellen, treten, Dr. Peiser, der die Kinderarbeiten leitet und der bekannte Typhusspezialist, Dr. Plotz, als Leiter der sanitären Hilfe. Jeder von diesen wird auf seinem Gebiete selbstständig sein. Vor dem Inkrafttreten dieser neuen Organisierung wird der neue Exekutivrat auf einer, nach Wien für den 15. Nov. einberufenen Konferenz aller Rayonsdirektoren zusammenkommen, um ein genaues Programm für die Arbeit des nächsten Jahres aufzustellen. Auch das Emigrationsproblem sei von ungeheurer Wichtigkeit, aber der „Joint" sei nicht im Stande, sich mit diesem Problem seiner ganzen Grösse nach zu befassen. Nach der Art der jüd. Wanderung müssen die notleidenden jüd. Emigranten nach gewissen Klassen eingeteilt werden und könne sich der „Joint" nur mit einzelnen dieser Klassen befassen.

— Das „People Relief Committee" hat auf seiner letzten Konferenz mit 21 gegen 19 Stimmen seinen Austritt aus dem „Joint Distribution Committee" beschlossen. Nachträglich wurde jedoch der Beschluss gefasst, binnen einem Monate eine spezielle Konferenz nach Philadelphia einzuberufen, die oberwähnten Beschluss zu ratifizieren haben wird.

Erez Israel — Palästina.

Die Grenzen Palästinas.

Offiziell wirt verlautbart, dass bezüglich der Nord- und Ostgrenze Palästinas noch keine Entscheidung gefallen ist. Die Lage sei ernst und die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern Englands und Frankreichs noch sehr stark, jedoch seien die Aussichten günstig.

Von der Delegiertenversammlung.

Ausser den bereits in Nr. 115 der „J.P.Z." mitgeteilten Resolutionen, fasste die Assephat Haniwcharim u. a. noch folgende Beschlüsse: Der Jischub in Erez Israel erkennt den Vorrang der Zion. Weltorganisation an, betreffs aller Fragen der Wiederaufrichtung des jüd. Heims. Der zion. Leitung obliegt es, den jüd. Jischub durch seine Bevollmächtigte zur Leitung der Angelegenheiten des Landes und deren Anstalten heranzuziehen. Die Delegiertenversammlung übergibt es dem Waad Leumi, das jüd. Rechtswesen unter Heranziehung von Rabbinern und erfahrenen Juristen zu ordnen und die Vorschläge der nächsten Delegiertenversammlung vorzulegen. Der Waad Leumi ist auch bevollmächtigt, die Vertreter in das A. C. und den Waad Hachinuch zu bestimmen. Die Delegiertenversammlung betrachtet die Aufrechterhaltung der jüd. Legion als eine nationale Notwendigkeit und verpflichtet den Waad Leumi, für den Bestand des ers-

ten jüd. Gedud und für dessen Entwicklung und Vergrösserung Sorge zu tragen.

Letzterem Beschlusse wurde von der Regierung bereits Rechnung getragen, indem eine Mobilisierung von 600 Mann für einen neuen Gedud angeordnet wurde. In dem aus 30 Mitgliedern — je einer auf 10 Delegierte — bestehenden Waad Leumi (Nationalkomitee) sind auch die Misrachisten durch Rabbi Uziel, Rabbi Fishmann und Feldmann-Radler vertreten. Die Chareidim werden, falls sie sich zu einer Beteiligung entschliessen, ebenfalls Vertreter entsprechend ihrer Delegiertenzahl entsenden dürfen.

Am 13. Okt. fand bereits die erste formelle Sitzung des Waad Leumi statt, die ein temporäres Komitee wählte, das dem Oberkommissär über den Verhandlungsgang und die Beschlüsse Bericht erstatten und das Protokoll der Delegiertenversammlung ausarbeiten soll. Nach ungefähr zwei Wochen soll die Plenarsitzung des Waad Leumi stattfinden, auf der der Präsident gewählt werden wird. Gleich darauf soll mit der aktiven Arbeit begonnen werden.

— Nachdem das Recht auf Erteilung von Ausreisebewilligungen von den militärischen auf die zivilen Behörden übergangen ist, veröffentlicht die Zivil-Regierung eine Reihe genauer Bestimmungen über die Erteilung von Ausreisebewilligungen.

— Die verschiedenen Stadtgemeinden Palästinas bedürfen zur Durchführung der verschiedenen geplanten Verbesserungen und Neueinrichtungen der Auflegung von Anleihen. Die kommunalen Einnahmen müssen in diesem Falle die Verzinsung und Amortisierung der Anleihe decken. Der Oberkommissär ernannte nun ein besonderes Komitee, das die gegenwärtigen städtischen Einnahmequellen studieren und, falls notwendig, neue Einnahmequellen ausfindig machen soll.

— Kardinal Robinzon aus London wurde vom Papst zum apostolischen Nuntius in Palästina ernannt. Kardinal Robinzon war seiner Zeit Berater der enligschen Regierung in der Frage der Heiligen Orte und wird in Palästina die zwischen den Franziskanern, denen die Obhut über die Heiligen Orte zusteht und dem Patriarchen bestehenden Differenzen zu schlichten haben.

— Der Preis der Baumwolle und des Bodenöls ist derart gesunken, dass dies nicht ohne Einfluss auf die Preise der übrigen Bedürfnisse des täglichen Lebens geblieben ist. Trotz aller Bemühungen der Grosskaufleute, eine Preissenkung zu verhindern, wird allgemein geglaubt, dass die Preise auch weiterhin noch fallen werden.

— Baron Felix de Monash, Präsident der ägyptischen „Pro Palästina" Vereinigung ist in Jerusalem eingetroffen und wird zusammen mit Ussischkin Ober- und Untergaliläa besuchen.

— Nach Palästina gelangten neulich 12 Leute aus Sibirien, mit Novomisky, Präsident des Jüd. Nationalrates in Sibirien und Ural und der sibirischen zion. Org. an der Spitze. Es gelang ihnen nach grossen Schwierigkeiten, von den Bolschewisten Reiseerlaubnis zu erlangen, als Vertreter des vereinigten amerikanischen Komitees. Bald nach deren Abreise wurde ein Verhaftungsbefehl erlassen; unter grossen Gefahren gelang es ihnen zu entkommen.

— Am 15. Okt. wurde in Jaffa die Konferenz des Hapoel Hazair eröffnet.

— Für den 25. Okt. war die Eröffnung der von der Regierung veranstalteten rechtswissenschaftlichen Abendkurse bestimmt. Für die Kurse haben sich bisher 50 Araber und 25 Juden eingeschrieben

— Am 12. Okt. wurde die Jeschiba „Thorath-Kohanim" durch Rabbi Kook eingeweiht, der auf die Einzigartigkeit dieser Jeschiba, die die Vertiefung in die Lehre des priesterlichen Tempeldienstes bezweckt, hinwies.

— Vom Vereine „Agudath Hakodesch" wurde ein neuerliches Pamphlet „Kol Schofar" gegen Rabbi Kook in Umlauf gesetzt, gegen das jetzt eine Reihe von Rabbinern u. orthodoxen Führern öffentlich Protest erhebt. Ein Komitee wurde gewählt, das einer Wiederholung derartiger betrübenden Vorfälle vorbeugen soll.

— Bei Rabbi Eliaschar fanden Beratungen statt, zwecks Baues einer neuen grossen Synagoge, die allen jüd. Gemeinden Jerusalems gemeinsam dienen soll. Vor weiteren Beschlüssen soll Samuel um seine Meinung angegangen werden.

— Auf der Stadtratsitzung vom 15. Okt. wurden 160 Pf. für die Verschönerung des Jerusalemer Stadtgartens bewilligt.

— Am 19. Okt. hat der Bezirksverwalter Jerusalems, General Storrs, aus Gesundheitsrücksichten Jerusalems für 2 Monate verlassen. An seiner Stelle wird Kommandant Look amten.

— Zu Redakteuren des „Hachinuch" wurden Dr. Harari und Krischewski (Esrachi) bestimmt. Dr. Glücksohn hat seine redaktionelle Mitarbeit zugesagt.

Schweiz.

Die Judendebatte im Zürcher Grossen Stadtrat.

Am 3. Nov. fand in der bürgerlichen Abteilung des Zürcher Grossen Stadtrates die Debatte über die Revision der Einbürgerungsgrundsätze statt. Die Bürgerrechtskommission hatte mit Stichentscheid des Präsidenten die Annahme der Vorlage, laut welcher für eingewanderte Ostjuden eine Niederlassungsfrist von 15, statt wie bei anderen Ausländern von 10 Jahren verlangt werden soll, zu befürworten beschlossen. Referent der Mehrheit, Prof. Spühler, erblickt in der Stadtratsvorlage eines der Mittel, die im Interesse der nationalen Selbstständigkeit angewendet werden müssen. Erst wenn der Bewerber sich als durch und durch dem schweizerischen Wesen angepasst erweisst, kann man ihn als des Bürgerrechts würdig erklären. Eine Ueberfremdung der Schweiz und speziell Zürichs besteht seit langem, dem gegenüber eine energische Abwehrpolitik nötig ist; das heisse keineswegs, eine chinesische Mauer errichten, oder auf das Asylrecht verzichten. Die Einbürgerungspolitik muss vom Standpunkt der Assimilation betrieben werden, die natürlich abhängt von der Anpassungsfähigkeit des Einzelnen, von der Dauer seiner Niederlassung und von der Kultur und Anpassungsfähigkeit des Volkes, dem der Bewerber angehört. Aus den auf einer niedrigen Kulturstufe stehenden gewissen Ländern des Ostens, wandern meist Juden ein. Bereits 1912 wurde beschlossen, für diese eine Niederlassungsdauer von 10, statt der üblichen 5 Jahre zu verlangen. Von Antisemitismus könne keine Rede sein. Der Redner spricht des weiteren von der Einwanderung während des Krieges und den Machenschaften der Juden in jener Zeit, wobei auch Christen in diesen Kreisen verkehrt und das gleiche getrieben haben. Die Kommissionsmehrheit ist auch der Meinung, dass es im Interesse der hiesigen Juden liegt, wenn die Weisung des Stadtrates angenommen wird.

Namens der Kommissionsminderheit referiert Dr. Farbstein. Die Frage liegt darin, ob bei zwei Menschen mit gleichen Eigenschaften ein Unterschied mit Rücksicht auf die Abstammung des einen zu machen ist. Die Minderheit stimmt wohl zu, dass man vom Bewerber eine 10jährige Aufenthaltsdauer und einen Nachweis über die Anpassung an das schweizerische Wesen und Nützlichkeit für die Volkswirtschaft verlangen darf. Nun erklärt aber der Stadtrat, dass auch bei Erfüllung all dieser Voraussetzungen, bei den Ostjuden eine Niederlassungsdauer von 15 Jahren verlangt werden soll. Der Stadrat will sich gegen den Vorwurf des Antisemitismus decken und dem Grossen Stadtrat die Bürde der Mitverantwortung aufladen. In der Einladung der Freisinningen Partei zur heutigen Sitzung war in Klammern das Wort „Judenfrage" beigefügt. Die Angelegenheit wird also als ein Teil der Judenfrage betrachtet, und wenn man keine Juden haben will, so solle man es offen erklären und die Initiative zur Verfassungsänderung ergreifen. Bürgerrechtsgesuche auch von Westjuden werden seit anderthalb Jahren zurückgestellt. Aber das Gesuch einer gewissen Luise Kaiser aus Preussen, wurde zur Berücksichtigung empfohlen, mit der Motivierung, sie sei seit etlichen Jahren aus der Isr. Kultusgemeinde ausgetreten, während andere Westjuden, die seit langer Zeit in Zürich wohnen, nicht ins Bürgerrecht aufgenommen wurden. Der „Fall Kaiser" beweist, dass der Stadtrat auf dem Standpunkt eines Niklaus II. stand. Stadtrat Kern habe im April 1920 im kleinen Stadtrate beantragt, Juden überhaupt nicht ins Bürgerrecht aufzunehmen. Dieser, allerdings abgelehnte Antrag genügt, um die Judenpolitik des Stadtrates zu charaktrisieren. Redner bespricht des weiteren den Antisemitismus und meint, es gäbe Reaktionäre, die glauben, man könnte ruhig leben, wenn es keinen Juden Marx gegeben hätte. Es gäbe auch wirtschaftliche Gründe für den Antisemitismus, aber wer hat mit den jüd. Schiebern gearbeitet? Die christlichen Banken, die oft hohe Zinsen eingenommen haben. Auch der gesellschaftliche Antisemitismus sei nicht ausser Acht zu lassen. Von den Bürgerlichen werden keine Juden in den Stadtrat portiert. Diese Kreise tragen selbst die Schuld, wenn Juden sich nicht anpassen. Die Nachwehen des Krieges brachten einen falschen Nationalismus mit sich und stünden die heutigen Liberalen keineswegs auf dem Standpunkt der Liberalen der sechziger Jahre.

Prof. Rütsche (freis.) hält die Ausführungen Farbsteins für sehr bedauerlich. Es sei keineswegs eine Beleidigung, wenn die aus dem Osten stammenden Einwanderer sich nicht so rasch anpassen können. Auch scheinen gewisse ostjüd. Kreise gegen diese Anpassung zu arbeiten. Manche Rabbiner ermuntern die Ostjuden,

an ihren überlebten (?) Gebräuchen festzuhalten. Der Kampf für die Stadtratsweisung ist ein Kampf gegen die Ueberfremdung und liege es auch im Interesse der Schweizer Juden, wenn diese Grundsätze angenommen werden. Leu (dem.) spricht für und Caderas (soz.) gegen den Antrag der Kommissionsmehrheit. Oberrichter Wyss (soz.) bemerkt, dass in der Weisung nur von Juden und nicht von aus dem Osten eingewanderten Nichtjuden die Rede ist. Stadtpräsident Nägeli erklärt, der Stadtrat müsse Abwehrmassnahmen gegen die aus dem Osten sich steigenden Einwanderungsmöglichkeiten ergreifen. Bis zur Aufstellung der neuen Richtlinien wurden die Gesuche von Jeden zurückgestellt; im Falle Kaiser war jedoch das Abwarten nicht am Platz. Die Zahl der eingewanderten Juden sei im Gegensatz zu den Nichtjuden während des Krieges gewachsen. Jnder zehnte Ausländer ist Jude. Redner schlägt Annahme der Richtlinien vor. Bachmann (soz.) ermahnt den Rat dafür zu sorgen, dass Zürich auch weiterhin eine Zufluchtsstätte für die Verfolgten bleiben möge.

Nach Schluss der Diskussion stellt Farbstein in seinem Schlusswort fest, dass Stadtpräs. Nägeli durch seine Rede alle Behauptungen des Redners bestätigt habe. Nach einem kurzen Schlusswort Prof. Spühlers wird der Antrag der Kommissionsmehrheit mit 40 gegen 29 Stimmen angenommen; somit werden von nun ab jüd. Bürgerrechtsbewerber aus dem Osten, im Gegensatz zu Nichtjuden, eine 15-jährige Niederlassungsdauer nachzuweisen haben.

— Auf dem am 31. Okt. in Luzern durch A. I. Rom eröffneten Misrachi-Delegiertentag, erstattete Aktuarius den Tätigkeitsbericht, nach dem im letzten Jahre die Herausgabe des eigenen Organs die hauptsächlichste Arbeit verursacht hätte. Die finanziellen Verhältnisse gestatten vorläufig nicht dessen weitere Herausgabe, und wird es Aufgabe des nächsten C. C. sein, die Wiederherausgabe eifrig zu studieren. Mit Frankreich, Tschecho-Slovakei, Wien, Holland, London und Amerika stand der Schweizer. Misrachi in regem Verkehr. In der Emigrationsfrage sei für die nächste Zeit eine gemeinsame starke Organisation vorgesehen. In Genf wurde die Misrachigruppe neu organisiert, Bern besitzt ausser der Misrachigruppe auch eine Jugendgruppe, ebenso Zürich. In St. Gallen wird demnächst ebenfalls eine Misrachigruppe gegründet werden. Nach dem Kassabericht schliesst das Jahr mit einem durch die enormen Spesen der Zeitschrift hervorgerufenen Defizit, das jedoch nicht gross ist. Ueber die Stellung des Misrachi zu den aktuellen jüd. Fragen referierte A. I. Rom. Der Misrachi wurde als Zweig der zion. Bewegung begründet, aber keineswegs aus Separatismus. Die Misrachisten müssten gegen die antidemokratischen Tendenzen der Leitung ankämpfen und die Einberufung des Kongresses fordern. Die politische Tätigkeit Weizmanns und Sokolows ist anzuerkennen, aber auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Tätigkeit hat die Leitung vollständig versagt. Erfreulich ist, dass jetzt nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Lehrerschaft Palästinas betont, dass die wirtschaftliche Arbeit der kulturellen vorangehen müsse, wofür ganz besonders die Misrachisten sein müssen, die mit der kulturellen Arbeit absolut nicht einverstanden sind. Wir wollen den Aufbau Palästinas nicht nach dem Vorbild der zusammengebrochenen europäischen Kultur, sondern im Geiste unserer misrachistischen morgenländischen Kultur, im Geiste der erhabenen sozialen Prinzipien der Thora. Brennend sei derzeit die Emigrationsfrage. Da Palästina für eine Masseneinwanderung jetzt nicht in Betracht kommt, müssen Mittel und Wege gefunden werden, zur Lösung dieses schweren Problemes, was nur auf einem jüd. Weltkongress geschehen kann. Der Misrachi betrachtet es als seine heiligste Pflicht, alle auf dem Boden der Ueberlieferung stehenden Juden zur gemeinsamen Arbeit zusammenzubringen, um einen mächtigen Faktor für den Aufbau des jüd. Volkslebens zu schaffen. Anders die Agudas Jisroel, die separat ihre eigenen Wege gehen will und sich als Vertreterin des gesamten orthodoxen-Judentums ausgibt, was sie nicht ist und auch niemals sein kann. Ihre aus dem Westen stammenden Führer haben eben ihre während der letzten Dezenien in der westeuropäischen Orthodoxie gemachten Fehler in die Aguda mit herüber genommen. Man habe in Pressburg nicht gehört, dass etwas davon verwirklicht worden wäre, was auf der Züricher Weltkonferenz nach grossen Referaten, Resolutionen und Anträgen beschlosson worden war. Die Pressburger Konferenz habe eine weitere Spannung zwischen Aguda und Misrachi gezeitigt. Bei all diesen Zwistigkeiten gehe leider im Osten die Jugend der Orthodoxie vollständig verloren. Es sei daher heilige Pflicht, jetzt alle Gegensätze fallen zu lassen und sich zur gemeinsamen Arbeit für ein jüd. Palästina zu vereinigen. Eine Konferenz von Vertretern aller thoratreuen Juden sei unbedingt zu fordern.

Nach reger Diskussion wurden folgende Resolutionen gefasst: Der Delegiertentag beantragt die alsbaldige Einberufung des Zionistenkongresses. Der Delegiertentag verlangt die baldige Einberufung des von der Londoner Konferenz beschlossenen alljüdischen Kongresses. Um auch den gegenwärtig noch nicht organisierten thoratreuen Massen Gelegenheit zu geben, zu den aktuellen Fragen des Judentums Stellung zu nehmen, macht der Delegiertentag die Anregung, dass die Initiative ergriffen wird, zur Einberufung einer Konferenz, an welcher Delegierte aller thoratreuen Juden teilnehmen, zwecks Regulierung des religiösen Lebens in Erez Israel und im Galuth.

Ins Präsidium des neuen C. C. wurden einstimmig gewählt: A. I Rom als Präsident, Isidor Berlowitz und Reichenbauch. Mitglieder des C. C. sind: Moses Berlowitz, Rottenberg, Dr. Rom (Zürich), Dokow und Louis Braun (Luzern), Goldschmidt und Sohlberg (Basel), Waldhorn (Bern), Dr. Lauer (Biel) und Jichlinski (Genf).

Basel: Nach seiner letzten erfolgreichen Beteiligung am Kantonalturnfeste hatte sich der Jüd. Turnverein Basel als Mitglied dem Kantonalturnerverband Basel-Stadt angemeldet. Die am 30. Okt. 1920 stattgefundene Delegiertenversammlung des Kantonalturnerverbandes hat fast einstimmig diese Aufnahme bestätigt. Nur die Delegierten der Turnvereine Horburg und Schützenmatt hatten gegen diese Aufnahme gestimmt und zwar nicht aus turnerischen Gründen sondern mit der Begründung: Man solle nicht vergessen wie die Juden, insbesondere am Anfang des Krieges gewuchert und die christl. Bevölkerung unterdrückt haben.

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich